

# HERDER KORRESPONDENZ

Heft 1 · 44. Jahrgang · Januar 1990

*Der Kampf um die offene Gesellschaft ist noch nicht ausgestanden.*

*Alfred Herrhausen*

## Wendejahr 1989

1989! Es war ein außergewöhnliches, alle Erwartungen und Prognosen sprengendes Jahr. Je weiter es voranschritt, um so mehr gerieten Handelnde und Beobachtende ins Taumeln. Zum guten Schluß konnte kaum noch jemand mit dem Tempo und der Vielfalt der Veränderungen Schritt halten. So mancher weise oder auch nur beserwiserische Kommentar, des Abends geschrieben, war nächstentags schon Makulatur. Entgegen dem Spruch, Geschichte mache keine Sprünge, strafte Geschichte in diesem Jahr nicht nur unser angebliches Wissen von Geschichte Lügen. Sie desavouierte kurzerhand *alle* ihr zugeschriebenen Gesetze und landete den einen Purzelbaum nach dem anderen mit bösen und guten Überraschungen. Nicht nur Zeitgenossen tun sich bis heute schwer zu verstehen, was geschah; auch Geschichtsschreiber des nächsten Jahrtausends werden vermutlich noch Mühe haben, sich einen Vers daraus zu machen.

### Der Ruf nach Freiheit setzt sich durch

Dabei begann alles eher behäbig. Ganz im Sinne des „Posthistoire“, in dem, wie Verfechter der Nachgeschichte behaupten, zwar noch alles Mögliche passiert, aber sich so recht nichts mehr ereignet, wollten zumal Mittel- und Westeuropäer sich der *Erinnerungsarbeit* zuwenden. Geschichte und Zeitgeschichte sollten die – zumindest Gelehrtenköpfe und Volkshochschulen – bewegenden Themen sein. Ein Jubiläum nach dem anderen stand an und wurde gebührend begangen. Besonders hierzulande gab es kaum einen Verband oder eine Einrichtung, der oder die nicht jubilierte. Die beiden deutschen Staaten gedachten ihrer Gründung vor vierzig Jahren. Und im Gefolge des Grundgesetz-Jubiläums jubilierte fast alles, was öffentlich Rang und Namen hat, von der Deutschen Bundesbank bis zum DGB – nicht ohne jeweils aktuellen Bezug, aber ohne erkennbaren Drang zu neuer

Orts- und Aufgabenbestimmung. Und dann erst das Überjubiläum, mit dem Europäer in West (und Ost) der Großen Revolution der Franzosen vor 200 Jahren gedachten ...

Aber als ob all das nur Sinnen und Trachten blasierter Nostalgiker in den Fünfigern und Sechzigern und von gelangweilt in Erinnerungen blätternden Greisen gewesen wäre, meldete Geschichte stürmisch sich selbst zurück. Sie *machte*, als ob sie an unserem historisierenden Aufarbeiten von Revolutionen überhaupt keinen Gefallen fände, Revolutionen. Freilich der erste Versuch, von großen Hoffnungen, aber noch von sehr unklaren Vorstellungen begleitet, wurde zum brutalen Fehlschlag. Noch ehe in Paris der Sturm auf die Bastille vor 200 Jahren gefeiert wurde, wälzten in Peking Panzer friedlich demonstrierende Studenten und Arbeiter buchstäblich nieder. Eine hoffnungsvolle Entwicklung wurde so in Blut und Tränen erstickt. Als sich die Ansätze einer von *Deng Xiaoping* eingeleiteten und geforderten wirtschaftlichen Liberalisierung zum Verlangen nach mehr politischen Freiheitsrechten weiterentwickelten, schlugen Partei und Militär sie mit Mordgewalt nieder. Niemand wußte Rettung, der kurz vorher in Peking weilende Gorbatschow schon gar nicht.

Aber dann brach in Osteuropa eine Lawine los. Durch den Helsinki-Prozeß vorbereitet und durch Gorbatschows Perestrojka-Politik in Gang gebracht oder zumindest erleichtert, folgte von Land zu Land – weitergetragen vorwiegend von der jungen Generation – der eine „Umsturz“ nach dem anderen mit erstaunlicher Präzision und Wirkung. Und als ob ganze Völker zeigen wollten, wie heutzutage Revolutionen zu machen sind – nicht, wie manche Technik- und Publizitätsgläubige es sehen möchten, in Fernseh- und Rundfunkanstalten, sondern auf der Straße durch das Volk –, wurden ohne Blutvergießen, ohne Guillotine und Erschießungskommandos Potenta-

ten gestürzt, einst Verstoßene rehabilitiert, bürgerliche Freiheiten verkündet und Grenzen geöffnet, die für eine Ewigkeit versperrt schienen. Und plötzlich ist nichts mehr, wie es vor kurzem noch war.

## Macht zerfällt auf unverhoffte Weise

Was wird aber bleiben von diesem Jahr, wenn die Nebel der Euphorie sich verzogen haben und der Blick auf die veränderte Wirklichkeit frei wird? Neben Genugtuung eine Menge Hoffnungen, aber mindestens eine ebenso große Menge Befürchtungen.

*Genugtuung* darüber, daß bisher alles ohne Gewaltanwendung vor sich ging und daß vieles plötzlich möglich wurde, was bis vor kurzem noch nicht denkbar war. Noch bis in die Mitte der achtziger Jahre war es bei einer mühsamen, immer wieder von Rückschlägen begleiteten Entspannungspolitik geblieben. Nur in geringem Umfange zeigte der KSZE-Prozeß Wirkungen. Polens erstes *Solidarność-Experiment* endete im Kriegsrecht. Dem einzigen Ostblockland mit einer nennenswerten innenpolitischen Gegenmacht schien selbst der ungeheure Auftrieb, den die Wahl *Karol Wojtyłas* zum Papst bewirkte, lange nicht viel zu helfen. Alle Hoffnungen auf wirkliche Liberalisierung und Demokratisierung erwiesen sich wieder einmal als aussichtslos. Als *Wladyslaw Bartoszewski* 1986 in einem Interview meinte, es gebe in Polen zwar regelmäßig Rückschläge, aber nach jedem Rückschlag bleibe die Entwicklung auf etwas höherem Niveau, erschien selbst das nur als eine ironische Kommentierung polnischer Leidensfähigkeit. So manche der inzwischen in Polen Regierenden, einschließlich des Premierministers, waren Ende 1981 noch im Gefängnis gelandet. Selbst Ungarns unter *János Kádár* sorgfältig gepflegter „Gulaschkommunismus“ mit seinem vorsichtigen Kurs einer Liberalisierung der Staatswirtschaft und der Außenbeziehungen hatte sich unter dem mißtrauischen Blick Moskaus an enge Grenzen zu halten.

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten wurde zwar in vielen kleinen Schritten intensiver und leichter. Doch Freikauf von Gefangenen in der DDR, der Gang ins Exil von russischen Intellektuellen, die vermehrte Auswanderung von Juden und Deutschstämmigen aus der Sowjetunion oder Rumänien wurden – verkehrte Welt – nicht nur als „humanitärer“ Notakt, sondern mangels anderer Lösungsmöglichkeiten bereits als dem System abgerungene Erfolge gewertet. Kaum jemand erwartete, daß sich ohne Lockerung des kommunistischen Systems in der Sowjetunion bei den „Satelliten“ etwas Wesentliches ändern könnte. Und daß Moskau selbst einmal auf „Umgestaltung“ setzen würde, war zwar eine vage Hoffnung, weil der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch erkennbar näherrückte. Aber trauen wollte und konnte dem niemand so recht. Inzwischen aber ist Moskau selbst zum Antrieber eines Demokratisierungsprozesses im eigenen Machtbereich geworden. Daß dies so kam und daß Moskau jetzt gewähren läßt und nicht

bremsend eingreift, während es von seinen Verbündeten Zug um Zug überholt wird, ist zum eigentlichen politischen Urerlebnis am Ende der achtziger Jahre geworden.

Daran knüpfen sich *Hoffnungen*. Vor allem die Hoffnung, daß bereits *unumkehrbar* geworden ist, was die Völker Ost- und Südosteuropas ihren bisherigen Beherrschern abgetrotzt haben. Eine Hoffnung freilich ist es vorerst, noch keine Gewißheit, denn der Unwägbarkeiten bleiben viele. Noch sind – Anfang Dezember – in der DDR, in der CSSR, in Bulgarien nicht einmal alle *politischen Gefangenen* frei. Nur Stück für Stück ließen sich die bisherigen Regimes vom aufbegehrenden Volk die Macht entreißen, auch wenn sie in einem schwindelerregenden Tempo Position um Position räumen mußten. Aber noch nicht überall ist die kommunistische Partei in eine so hoffnungslose Situation geraten wie die SED in der DDR. Noch sind in Osteuropa Kommunisten an der Macht oder wenigstens wie in Polen mit an der Macht, und deren paramilitärische Organisationen – Volksmilizen, Betriebskampfgruppen – sind noch nicht aufgelöst. Selbst der Übergang von den Hardlinern zu den Reformkommunisten ist noch nicht überall abgeschlossen. Die Macht der alten Gardes zerfällt zwar, aber sie haben noch nicht jeden Rückhalt verloren. Jedes totalitäre Regime schafft – in Parteidiktaturen in besonderer Breite – Privilegierte. Privilegien bewirken Loyalitäten. Solche vom Eigeninteresse bestimmten Loyalitäten lösen sich nicht über Nacht auf. Zudem bleibt der gesamte osteuropäische Hintergrund ungewiß. Vor allem sind die sich immer wieder verschiebenden *Kräfteverhältnisse in der Sowjetunion* schwer einschätzbar.

## Nichts ist selbstverständlich

Am Distanzierungsbeschluß der Warschauer Paktstaaten auf ihrem Treffen in Moskau nach dem Bush-Gorbatschow-Gipfel auf Malta, durch den sie ihren Einmarsch in die Tschechoslowakei 1960 und die gewaltsame Unterdrückung des reformkommunistischen Experiments des „Prager Frühlings“ im nachhinein verurteilten, ist zwar überdeutlich geworden, daß die *Breschnewdoktrin* endgültig tot ist. Die Länder des Warschauer Paktes können jetzt ihren je eigenen Weg demokratischer Reformen gehen. Aber dies gilt, solange *Gorbatschow* an der Spitze der Perestrojkbewegung marschiert. Seine Position ist aber trotz der Machtfülle des sowjetischen Partei- und Staatsoberhauptes alles eher als gesichert. Er kann sehr rasch zwischen Reformern, denen die Demokratisierung des Sowjetsystems nicht weit genug und auch nicht rasch genug vorangeht, und solchen, die sich gegen die eigene Entmachtung wehren, zerrieben werden. Und die zentrifugalen Kräfte mit den vielen regionalen Konflikten, die sie auslösen, könnten ihn zumal angesichts der miserablen Wirtschaftslage rascher hinwegfegen, als sich die größten Zweifler an sowjetischer Beständigkeit träumen lassen. Zudem können Entwicklungen – besonders im deutsch-deutschen Bereich, die zur Unzeit das Ost-West-Gleichgewicht tangieren, unkalkulierbare Reaktionen auslösen. Der vom

französischen Staatspräsidenten *François Mitterrand* kolportierte Satz Gorbatschows, am Tage der Ankündigung der staatlichen Vereinigung der Deutschen würde ein sowjetischer Marschall seinen Platz einnehmen, kann gut erfunden sein, um übereifrige Wiedervereiniger in beiden deutschen Staaten das Fürchten zu lehren. Doch paßt er in die Landschaft und in die – begründeten – Ängste derer, die sich fragen, *wie lange* – Wochen, Monate, Jahre? – und nicht *ob* der gegenwärtige Sowjetführer politisch überlebt.

Doch trotz aller Ängste, die Situation könnte so unumkehrbar, wie sie erscheint, noch nicht sein, reichen die Hoffnungen sehr viel weiter. Vor allem knüpft sich an die bisherige Entwicklung die Erwartung, daß die Völker Osteuropas, die jetzt den Weg zu Reformen erzwungen haben, aus sich heraus eine tragfähige demokratische Ordnung zu entwickeln vermögen und *daß der Umgestaltungsprozeß friedlich und zielführend verläuft*. Selbstverständlich ist auch das nicht. Die wiedergewonnene Freiheit verändert noch nicht alle in Diktaturen angewöhnten Verhaltensweisen. Der Abbruch eines morschen Regimes fällt leichter als die Konzentration auf den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Das Entsetzen darüber, wie sehr man verschaukelt worden ist, kann in kleinliche Abrechnung ausarten, zumal *Selbstbetrug* noch schwerer zu ertragen ist als offene Unterdrückung durch eine machtausübende Partei. Viele Mitglieder und ehemalige Mitglieder der bisherigen Staatspartei der DDR befinden sich in dieser Situation. Dennoch besteht die berechtigte Hoffnung, daß nach und nach alle Völker des bisherigen kommunistischen Machtbereichs – einschließlich der darauf besonders schlecht vorbereiteten Sowjetunion – den Weg zu dauerhaft demokratischen Verhältnissen finden werden und daß sie – Voraussetzung einer langfristigen Sicherung demokratischer Freiheiten – auch die schier unmögliche Umstellung ihrer Volkswirtschaften von der reinen Staatswirtschaft auf eine stärker marktwirtschaftlichen Wirtschaftsform ohne unheilbare Brüche schaffen: aus eigener Kraft, mit westlicher Hilfe und ohne untragbare menschliche Kosten. Nicht von heute auf morgen, aber in einer halben Generation können sie in der Lage sein, das Produktivitätsniveau so zu steigern, daß sie zu Partnern werden und nicht Abhängige westlicher Prosperität bleiben.

## Wer wird das entstandene politische Vakuum ausfüllen?

Aber die noch weiter gehende – Osten und Westen verbindende – Hoffnung ist, daß sich mit den Ereignissen des abgelaufenen Jahres nicht nur die Lage einzelner Völker verändert, sondern – der „Gipfel“ von Malta war ein verheißungsvolles Omen – der Kalte Krieg nun endgültig zu Ende geht, daß zwischen Ost und West nicht nur Entspannung sich durchsetzt, sondern *Überrüstung abgebaut* werden und damit *das System der Abschreckung schrittweise politischer Kooperation weichen* kann. Erst damit wird es

auch möglich werden, das *enorme wirtschaftliche Gefälle* nicht nur zwischen beiden deutschen Staaten, sondern auch zwischen Ost und West abzubauen und damit auch die gegnerischen Machtblöcke, die die Nachkriegsordnung in Gesamteuropa so lange und so ausschließlich bestimmt haben, zu überwinden.

Aber diese Hoffnungen werden von mindestens ebenso vielen *Befürchtungen* begleitet, und zwar nicht nur von den Hoffnungen vermischten, sondern von durchwegs eigenständigen. Wir werden nach den Umbrüchen dieses Jahres mit einer längeren Phase der Unsicherheit leben müssen, die leicht in Instabilität abgleiten kann. Alles befindet sich jetzt im Übergang, alles ist noch im Fluß. Wie schwer es ist, Tritt zu fassen, hat sich in den ersten Dezember tagen gerade in der DDR gezeigt. Übergangslösungen können personell wie inhaltlich von sehr kurzer Dauer sein. Das hat nicht nur *Egon Krenz* in Ost-Berlin schmerzlich erfahren müssen, als Mann des alten Apparates, dem nicht geglaubt wurde, auch wenn er sich dem Volksprotest stellte und Schritt für Schritt den Anschluß an die neue Entwicklung vollzog. Nicht viel anders erging es, auch wenn das weniger spektakulär wirkte, dem populistischen Antreiber der ungarischen Reformkommunisten, *Imre Poszgay*. Er wird seinen Plan, erster demokratisch gewählter ungarischer Staatspräsident zu werden, wohl begraben müssen, nachdem sich in der Volksabstimmung Ende November eine knappe Mehrheit gegen die Direktwahl des Präsidenten und für dessen Bestellung durch das noch zu wählende Parlament ausgesprochen hat. Das Mißtrauen selbst gegen Reformkommunisten sitzt tief. Früher oder später werden wohl noch alle hinweggefegt werden, nicht nur diejenigen, die den Übergang zuließen und begleiten wollten, sondern auch die, die ihn herbeigeführt haben. Die neuen politischen Gruppierungen aber brauchen Zeit, und nur selten schaffen Protestbewegungen den Übergang zu nüchterner politischer Aufbauarbeit.

Das Problem wird also nicht sein, wieweit der Kommunismus als politische Herrschaftsideologie wirklich tot ist – er konnte seine Herrschaftsausübung immer schon nur durch Militär und politische Polizei „legitimieren“ und aufrechterhalten. Auf demokratischem Wege bleibt ihm keine Chance. Das schließt nicht aus, daß gerade im Scheitern des Kommunismus *sozialistische Ideale* in Ost und West eine neue Attraktivität erlangen. Aber entscheidend wird für eine absehbare Zeit beides nicht sein, sondern wie und von wem die im jetzigen Übergang unvermeidlichen politischen Vakuen ausgefüllt werden. Vermögen die noch unsicheren nachrückenden politischen Kräfte eine Ordnung zu schaffen, die trägt, oder geraten auch sie über kurz oder lang in einen Zustand der Handlungsunfähigkeit und Selbsterfleischung? Und wer reißt dann die Macht an sich? Vermutlich wer noch halbwegs handlungsfähig ist, und das wären allemal Militärs im Verein mit den anderen Privilegierten des bisherigen Systems. So wird der Übergang ohne irreparable Brüche nur dort gelingen, wo reformwillige Kommunisten, An-

hänger der bisherigen Blockparteien und die neu aufstrebenden Kräfte aus den Protestbewegungen sich zu Koalitionen zusammenfinden – über die ersten demokratischen Wahlen hinaus. „Runde Tische“ können da nur ein Anfang sein. Ob sich stabilisiert, was sich 1989 entwickelt hat, wird sich also erst im Multiwahljahr 1990 entscheiden.

## Was wird aus Europa?

Dies ist jedoch nur der kleinere Anteil an den neu aufkommenden Befürchtungen. Mit den Umbrüchen im Osten verändert sich *Europa*. Neue Machtbalancen werden sich herausbilden. Das Sowjetreich wird in seiner heutigen Form und Ausdehnung kaum überleben, es sei denn eine kommunistisch eingefärbte Militärdiktatur setzte der schon längst begonnenen Entsowjetisierung ein jähes Ende. Eine liberalisierte und in Maßen sich demokratisierende Sowjetunion wird nur als eine Art Staatenbund, als sowjetisches Commonwealth mit großrussischer Vormachtstellung weiterexistieren können. Für alle anderen Lösungen sind die Verselbständigungstendenzen in den kleinen Völkern – vom Baltikum bis zu den asiatischen Republiken – bereits zu stark. Und so oder so ist es nur eine Frage der Zeit, wann das bisherige Gefüge im Osten Europas sich auflöst. Die ehemaligen Satelliten werden trotz Einbindung in das Comecon und in den Warschauer Pakt über kurz oder lang eigene Wege gehen. Sie drängen mit Macht nach „Europa“, wo sie als östliche Mitteleuropäer nach politischer und kultureller Tradition und nach wirtschaftlicher Interessenlage auch hingehören. *Jugoslawien* – in letzter Zeit hierzulande zu Unrecht aus den Schlagzeilen verschwunden – steht vor dem Zerfall. Was wird aber an die Stelle der bisherigen Ordnungen und künstlichen Gleichgewichte treten? Regionale Kooperationen? Oder die alten Nationalismen? Wird sich der Balkan als traditionelles europäisches Krisengebiet zurückmelden?

Verändern wird sich *Gesamteuropa*. Die heutige EG könnte überrollt werden, noch bevor der Gemeinsame Markt 1993 volle Wirklichkeit wird. Sie ist als Wirtschaftsraum entstanden unter den Bedingungen der Ost-West-Spannung. Geopolitisch ist sie ein durchwegs künstliches Gebilde. Müßte es einen da wundern, wenn in zehn Jahren Länder, die heute ihr politisches Zusammenwachsen bremsen, der EG nicht mehr angehören, während die ČSSR, Polen und Ungarn nach einer Phase der Assoziation bald als Vollmitglieder bei ihr einziehen würden? Europa könnte so wieder von seiner Mitte her zusammenwachsen. Aber wird da *Deutschland*, womöglich noch bevor es zu staatlicher Einheit findet, zum europäischen Störfaktor? Ihm wächst durch die Veränderungen im Osten die meiste Verantwortung zu. Aus der ersten Wirtschaftsmacht Europas wird politisch eine europäische Großmacht. Das schafft Ängste, mobilisiert Ressentiments bei den westlichen und auch bei östlichen Nachbarn. Die deutsche Wiedervereinigung kann noch zum Trauma werden; sie verunsichert jetzt schon Ost und West. Der 10-Punkte-Plan des Bundeskanzlers zur Aus-

gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen, das NATO-Treffen in Brüssel im Anschluß an den Malta-Gipfel und die Schwierigkeiten im Vorfeld des Europa-Gipfels in Straßburg ließen bereits einiges vermuten. Die Europäer und aus Gründen der west-östlichen Machtbalance auch die Amerikaner sähen die Deutschen lieber staatlich getrennt, die Deutschen in Ost und West drängen rascher zueinander, als es den Sowjets gefällt, der europäischen Einigung guttut. Ein Volk, das zusammenkommen will, ist mit friedlichen Mitteln nicht aufzuhalten. Insofern ist die Vereinigung Deutschlands – in den Grenzen von 1945 – ein Selbstläufer. Um so schädlicher ist alle chauvinistische Protzerei, gebärde sie sich bundesrepublikanisch oder gesamtdeutsch. Alle Deutschen tun gut daran, den deutschen in den europäischen Einigungsprozeß einzubetten und auf die Sensibilitäten der Nachbarn, der Franzosen und Polen vor allem, Rücksicht zu nehmen. Nur wenn es gelingt, beide Prozesse so zu verschmelzen, daß *Europa ohne Übermächtigung durch Deutsche* zusammenwachsen kann, wird es ein friedliches Europa geben.

## Werden die Antriebskräfte noch reichen?

Aber werden nach dem Abbau der Ost-West-Spannung die Antriebskräfte überhaupt noch so stark sein, daß Europa wirklich zusammenwachsen kann? *Nationalismen* können sich überall wieder breitmachen. Wie wenig mit den größeren Wirtschaftsräumen die europäische Gesittung und Gesinnung mitgewachsen ist, zeigt die unverminderte Fremdenangst, die sich nicht nur gegen Ceylonesen und Nordafrikaner, sondern auch gegen benachbartere Stämme richtet. Für viele scheint immer noch die eigene Nation der Maßstab des Menschseins zu sein. Und wenn es zusammenwächst, wird es sich als demokratisches und der großen Welt der Entwicklungsländer gegenüber, von denen im abgelaufenen Jahr kaum eines einen Schritt vorangekommen ist, offenes Europa stabilisieren? Niemand muß den Pessimismus eines japanstämmigen leitenden Mitarbeiters des State Department teilen, nach dem Siegeszug der Demokratien werde „demokratische Langeweile“ ausbrechen. Der prognostizierte Siegeszug wird weltweit so rasch nicht an sein Ziel kommen. Die Probleme der parlamentarischen Demokratie werden nach Zerfall ihres Gegenbildes nicht geringer, eher größer werden. Die repräsentative Demokratie ist eine anstrengende und zugleich unspektakuläre Regierungsform. Auch sie will ausgehalten sein – mit viel Toleranz und oft mit noch mehr Geduld. Basisdemokratische Volksdiktaturen regen da allemal mehr die Phantasie an. Und daß mit der äußeren die innere Sicherheit nicht im gleichen Maß wächst, beweist das schmerzliche Eingeständnis, daß gerade stabile Demokratien zunehmend mehr mit organisierter Kriminalität und Terrorismus zu kämpfen haben. Der Mord an *Alfred Herrhausen* inmitten revolutionärer Aufbruchseuphorien ist eine deutliche Mahnung.

David Seeber